Nr. 609. 36. Jahrg.

Abend-Ausgabe.

15 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 10,50 Mk., monatl. 3,50 Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 3,50 Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 6,75 Mk., für das übrige Ausland 10,75 Mk., bei täglich einmal. Zustellung 3,75 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 1,80 Mk., Teuerungszuschlag 60%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 75 Pfg. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1,60 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Freitag, den 28. November 1919.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Der Kampf um die Betriebsräte.

Beschlüsse des Ausschusses.

Heute, Freitag, wurde im Betriebsräteausschuß der Nationalversammlung folgender Kompromißantrag mit den Stimmen der drei Regierungsparteien und der unabhängigen Sozialdemokraten angenommen:

Der Betriebsrat hat in Unternehmungen, für die ein Aufsichtsrat besteht, nach Maßgabe eines besonderen, hierüber zu erlassenden Gesetzes einen oder zwei Vertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden, um die Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer sowie deren Ansichten und Wünsche hinsichtlich der Organisation des Betriebes zu vertreten. Die Vertreten haben in allen Sitzungen des Aufsichtsrats Sitz und Stimme, jedoch keine Vertretungsmacht und keinen Anspruch auf eine andere Vergütung als auf eine Aufwandsentschädigung. Sie sind verpflichtet, über die ihnen gemachten vertraulichen Angaben Stillschweigen zu bewahren.

Ferner wurde mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten und Unabhängigen folgender Antrag des Zentrums und der Demokraten angenommen:

Zur Erfüllung seiner Aufgaben hat der Betriebsrat in Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken das Recht, vom Arbeitgeber zu verlangen, daß er dem Betriebsausschuß oder, wo ein solcher nicht besteht, dem Betriebsrat, über alle den Dienstvertrag und die Tätigkeit der Arbeitnehmer berührenden Betriebsvorgänge Aufschluß gibt und die Lohnbücher vorlegt. Ferner hat der Arbeitgeber mindestens vierteljährlich einen Bericht über die Lage und den Gang des Unternehmens und des Gewerbes im allgemeinen und über die Leistungen des Betriebes und den zu erwartenden Arbeitsbedarf im besonderen zu erstatten. In Unternehmungen, die zur Führung von Handelsbüchern verpflichtet sind, können die Betriebsräte der zu der Unternehmung gehörigen Betriebe verlangen, daß den Betriebsausschüssen, wo solche nicht bestehen den Betriebsräten, alljährlich vom 1. Januar 1920 ab eine Bilanz und eine Gewinn- und Verlustrechnung für das verflossene Geschäftsjahr zur Einsichtnahme vorgelegt und erläutert wird. Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung haben den Vorschriften des Handelsgesetzbuches zu entsprechen. Die Bestimmungen dieses Absatzes finden keine Anwendung auf Unternehmungen, die nicht mindestens 100 Angestellte oder 500 Arbeiter im Betriebe beschäftigen. Die Mitglieder des Betriebsausschusses oder des Betriebsrates sind verpflichtet, über die ihnen vom Arbeitgeber gemachten vertraulichen Angaben Stillschweigen zu bewahren.

Ob sich bis zur vorgesehenen zweiten Lesung die Situation noch ändern wird, steht dahin. Wenn das nicht der Fall ist, wird sich die Fraktion die Frage vorzulegen haben, ob sie dem Gesetz ihre Zustimmung geben kann. Heute abend 8 Uhr soll in einer weiteren Sitzung der Rest des Gesetzes in der ersten Lesung erledigt werden, wobei noch die wichtige Frage der Mitwirkung des Betriebsrates bei Einstellungen und Entlassungen erledigt werden muß.

* * *

Keine weiteren Kompromisse.

Am Donnerstag tagte im Kriegervereinshaus die Plenarversammlung der Parteifunktionäre, Betriebs- und Vertrauensleute der S. P. D. Genosse Giebel referierte über das zurzeit im Vordergrund der politischen Debatte stehende Thema:

Was wird aus dem Betriebsrätegesetz?

In sachlich fesselnden Ausführungen schilderte der Redner die heutige wirtschaftliche Notlage, die auf der einen Seite Reichtum und Ueberfluß auf der anderen Elend und Hunger erzeuge. Mit dem Schlagwort „Rätesystem" wollte man die Sozialisierung einläuten. Die Rätediktatur würde uns einfach durch den schärfsten Widerstand der Entente unmöglich gemacht. Hätten wir die Politik eingeschlagen, die die Unabhängigen von uns verlangten, man hätte uns ebenso in die Pfanne gehauen wie bei den letzten Wahlen die französischen Sozialisten. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wer es ernst und ehrlich mit der Arbeiterschaft meint, muß auch den Mut aufbringen, der Arbeiterschaft die Wahrheit ins Gesicht zu sagen.

Genosse Giebel schildert das Betriebsrätegesetz in seiner Bedeutung für die Arbeiterschaft, und da Redner Mitglied des Siebenten Ausschusses zur Beratung des Betriebsrätegesetzes ist, findet der Kampf, den unsere Partei um

das Recht der Arbeiterschaft,

regulierend in den Wirtschaftsprozeß einzugreifen führt, die volle Anerkennung der Funktionäre. Viele der Phraseure, die heute gegen dieses Gesetz anrennen, haben nicht einmal die allernotwendigste Kenntnis dieser Dinge. (Allseitige Zustimmung.) Dem Betriebsrat soll erst das Mitbestimmungsrecht erkämpft werden. Es kommt uns nur darauf an, der Arbeiterschaft Hilfe zu bringen. Das Elend, das die K. P. D. mit ihren weitgehenden Forderungen anrichten würde, ist gar nicht abzusehen. (Sehr richtig!) Die Fabrikkomitees haben in Rußland die Wirtschaft zugrunde gerichtet. Lenin und Trotzki mußten schließlich erklären: So geht es nicht mehr. (Bewegung.) Uns gibt das Gesetz das Recht, die Aufträge zu kontrollieren und bedenkt, was das für uns bedeutet: Es kommt doch alles darauf an, was die Arbeiterschaft und die Angestellten aus diesem Gesetz machen. Wir müssen darauf achten, daß

die praktische Nutzanwendung

daraus gezogen wird. (Allseitige Zustimmung.) Die Unabhängigen bezeichnen das Gesetz als weiße Salbe. Der Ausschuß ist aber durch die Petitionswut der Unternehmer förmlich überschwemmt worden. Die Unternehmer Kassels befürchten in ihrer Petition, daß durch dieses Gesetz „die Arbeitslust der Arbeitgeber unterbunden wird" und fordern ein

„Hände weg vom Betriebsrätegesetz".

(Lachen und Bewegung.) Der Mittelrheinische Fabrikantenverein und der Verband Mitteldeutscher Industrieller haben bereits gegen die Fassung des Gesetzentwurfes über Betriebsräte die schwersten Bedenken geäußert und um Ablehnung ersucht. Im § 10a wollen sie das Wahlalter von 18 auf 24 Jahre heraufsetzen. Gegen die Befugnisse der Betriebsräte in den Paragraphen 15 und 18 wenden sie sich scharf, die der Arbeiterschaft in dem Aufsichtsrat Sitz und Einfluß geben; sie sagen im Unternehmerjargon:

„Derartige Befugnisse greifen in die Betriebsleitung und Betriebsführung sowie in die Betriebsgeheimnisse derart ein, daß sie mit der Selbstbestimmung, der Selbstverantwortlichkeit und dem Risiko des Unternehmers, ja mit dem Wesen des Privateigentums schlechterdings unvereinbar erscheinen." (Bewegung.)

Wir haben den Glauben zu dem Instinkt der Arbeiterschaft, daß sie das Betriebsrätegesetz zum Wohle der Allgemeinheit anwenden wird. Das Hineinpflanzen der Arbeit in das kapitalistische Gebilde ist das Einschneidenste an diesem Gesetz. Wenn die Demokraten versuchen sollten, ihrem kapitalistischen Herkommen gemäß ihre unsozialistischen Forderungen in das Gesetz hineinzubringen, dann

appellieren wir an das Volk

(stürmische, spontane Zustimmung), dann fordern wir die Auflösung des Parlaments. (Erneute stürmische Zustimmung.) Das Zentrum hat seine Zustimmung bereits gegeben, die Demokraten wollen blutenden Herzens für das Gesetz stimmen. Haben wir mit dem grundsätzlich Neuen erst einmal den Anfang gemacht, dann wird die Entwicklung geradlinig weitergehen.

Wir haben stets durch die Tat bewiesen, daß der Internationalismus für uns nicht Schall und Rauch ist. Brechen wir in unserm Lande zusammen, dann bricht mit uns der Sozialismus zusammen. Dann werden die Ententekapitalisten noch anmaßender werden als das deutsche Kapital. Wenn wir unbeirrt gegen rechts und links zielklar weitermarschieren, dann werden wir wahrmachen, was wir immer gesungen: Mit uns das Volk, mit uns der Sieg. (Anhaltender Beifall.)

In der Diskussion nimmt zunächst Genosse Dr. Caspari das Wort und kennzeichnet die demokratischen Ansichten des Herrn Dernburg, der dafür sorgen will, daß

unser Unternehmertum nicht unter die Räder

kommt.

Kein Land der Welt habe bis jetzt den Mut gehabt, ein ähnliches Gesetz seiner Arbeiterschaft vorzulegen. Keiner von denen, die heute im Lande radikaltriefende Reden halten, erfülle die Voraussetzungen dieses Gesetzes. Kein Kompromisseln in dieser Frage. Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns. (Starker Beifall.)

Körpel geht auf einige Bestimmungen näher ein und fordert Beseitigung der die Arbeiterschaft in ihrer Wirksamkeit hemmenden Bestimmungen. Das Zusammenarbeiten mit den Demokraten ist dem Redner nicht sympathisch.

An der sehr sachlich geführten Debatte beteiligen sich im Sinne des Referates weiter die Genossen Dannenberger, Junker, Riesstahl, Landrichter Ruben, der besonders die Verhältnisse in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten schildert und Festhalten an dem Gesetz fordert.

Das Wort erhält sodann Genosse Lüdemann: Ich komme eben aus den Beratungen über dieses Gesetz, das dazu beitragen wird, den

Fabrikabsolutismus

zu beseitigen. Unterschätzen wir die Widerstände der Unternehmer nicht, die um so stärker sind, als gerade die Unabhängigen fast gar nicht an diesem Gesetz mitgearbeitet haben. (Zuruf: Frau Agnes!) Uns ist es aber gelungen, die Hauptwiderstände der Demokraten zu beseitigen. Wir haben keinen Zweifel daran gelassen, daß wir andernfalls kein Interesse an dieses Gesetz haben. Sich zu schulen und zu bilden, ist viel wichtiger als alles Geschrei über die Unzulänglichkeit des Gesetzes selbst. (Allseitige Zustimmung.)

Im Schlußwort stellt Giebel fest, daß von allgemeiner Zufriedenheit natürlich nicht gesprochen werden kann. So oft die Unabhängigen im Ausschuß anwesend waren, haben sie sich ausgeschwiegen. (Zuruf: Laukant!) Im Zusammenführen von Arbeitern und Angestellten haben wir uns bemüht, ein Auseinanderreißen dieser beiden Gruppen, die in der Absicht gewisser Kreise lag, zu verhindern und auch erreicht. Ich zweifle gar nicht daran, daß das Unternehmertum uns

die praktische Durchführung sehr erschweren

wird, und dann wird es sich darum drehen, was für Kerle im Betriebsrat sitzen. Steht die Arbeiterschaft geschlossen hinter ihrem Betriebsrat, dann werden wir uns durchsetzen. Die Einwände der Gegner über die Folgerungen der Einsicht in die Bilanzen, führt Giebel gründlich ad absurdum. Jetzt hat die Arbeiterschaft zu zeigen, daß die notwendigen Kräfte vorhanden sind.

Wissen macht frei.

Freie Bahn den Intelligenzen (Bravo!); er habe die Hoffnung, daß diese Intelligenzen auch gefunden werden. Wo ein Wille ist, findet sich auch ein Weg. Hier sind wir bereit, alles und unser Bestes einzusetzen. (Beifall.)

Der Vorsitzende Krüger bringt folgende Entschließung ein, die unter Beifall einstimmig angenommen wird:

Ueber 1200 am 27. November versammelte Betriebs- und Parteifunktionäre der S. P. D. Groß-Berlins stellen sich einmütig hinter die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung in ihrem entschiedenen Eintreten für die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes. Die Versammlung hält insbesondere das Recht auf Vorlegung der Bilanz, der Vertretung im Aufsichtsrat und der Mitbestimmung namentlich bei Entlassungen für so wichtig, daß es hierin ein Zurückweichen nicht geben darf. Die Funktionäre erwarten, daß die Fraktion an diesen Forderungen festhält ohne Rücksicht auf die event. parlamentarischen Konsequenzen.

Einem Vorschlag Häuslers, eine neue, erweiterte Funktionärkonferenz stattfinden zu lassen, um zu dem Treiben der Reaktion Stellung zu nehmen, wird zugestimmt, mit dem Wunsch Krügers, zugleich die Haltung der Unabhängigen zur Einigungsfrage mitzubehandeln.

Mit einem kernigen Schlußwort des Vorsitzenden, dem Bürgertum zu zeigen, wie ernst es uns mit dem Kampf um dieses Gesetz sei, findet die vom Kampfesgeist beseelte Versammlung ihr Ende.

Hilfe für die Beamten.

Einer Abordnung des Deutschen Beamtenbundes erklärte Reichskanzler Bauer, daß die große Notlage der Beamtenschaft anerkannt werde, und daß er bereit sei, im Einvernehmen mit dem Reichskabinett und den Regierungen der Länder zu prüfen, ob und in welchem Umfange noch vor dem Inkrafttreten der neuen Besoldungsordnung eine Erhöhung der laufenden Teuerungszulage durchgeführt werden könne. Inwieweit die von den Vertretern der Beamtenschaft bezeichneten Mängel des Systems der laufenden Teuerungszulagen beseitigt werden können, wird gleichzeitig im einzelnen untersucht werden. Auf die Beschwerde, daß die Reichsregierung anscheinend beabsichtige, ein etwaiges Nebeneinkommen auf die erworbenen Ansprüche auf Ruhegehalt und Wartegeld anzurechnen, gab nach einer den Sachverhalt erläuternden Bemerkung des Reichskanzlers der Reichsminister des Innern Koch die Erklärung ab, daß er, ohne der Entscheidung der Regierung vorzugreifen, die Versicherung geben könne, daß jedenfalls in bezug auf erworbene Rechte weder Wortlaut noch Sinn der Reichsverfassung verletzt werden würde.

Sklarz und das alte System.

Schon in unserem gestrigen Artikel über den Enthüllungsfeldzug haben wir festgestellt, daß die rechtsstehende Presse im Fall Sklarz schon deswegen nicht den geringsten Grund zur Entrüstung hat, weil der größte Teil der Sklarzschen Geschäfte unter Billigung und Förderung der alten Regierung, des alten Systems, abgeschlossen wurde. Waren also die Geschäfte unreell, was zu entscheiden dem Gerichte vorbehalten sein wird, so ist durch sie in erster Linie das alte System belastet. Wir sind in der Lage, dies in einem

besonderen Falle urkundlich nachweisen zu können. Bezüglich des Projekts der Ausfuhr russischer antibolschewistischer Kalender war gegen den Genossen Scheidemann der Vorwurf erhoben worden, diese Ausfuhr amtlich unterstützt zu haben. Genosse Scheidemann hat bereits darauf erwidert, daß es sich für ihn lediglich um die Fortsetzung eines Unternehmens handelte, das bereits von der alten Regierung unternommen war. Als Beweis, daß diese Behauptung vollkommen zutrifft, diene folgende Urkunde, die Sklarz von der alten Regierung im Sommer 1918 ausgefertigt erhielt:

Auswärtiges Amt.

Ausweis.

Der Inhaber dieses Ausweises, Herr Georg Sklarz, ist der Bevollmächtigte des Verlags für Sozialwissenschaft m. b. H. Der genannte Verlag ist am Werk, einen Volkskalender für Rußland in einer ganz ungewöhnlich großen Auflage (Mindestauflage 1 Million) herauszugeben. Der Kalender wird mit Einverständnis des Auswärtigen Amts herausgegeben, weil das Erscheinen dieses Kalenders der deutschen Propaganda dienen soll. Es ist sehr erwünscht, daß bei der Herstellung alle etwa entgegenstehenden Hindernisse schnell beseitigt werden. Das Auswärtige Amt beehrt sich daher zu bitten, allen auf den Kalender bezüglichen Wünschen des Herrn Sklarz nach Möglichkeit zu entsprechen. Der Kalender muß unbedingt bis zum Herbst fertiggestellt sein, da er bereits im Oktober in allen Teilen Rußlands zur Verbreitung vorrätig sein soll.

Auswärtiges Amt.

Stempel 106757 — Im Auftrage gez. von Bergen.

Das Schriftstück ist zwar nicht datiert, aber sein Inhalt, der von dem Herbst und vom Oktober 1918 als von etwas Zukünftigem redet, beweist einwandfrei, daß seine Abfassung spätestens in den Sommer 1918 fällt, also unter die Herrschaft des alten Systems. Außerdem ist dieser Ausweis auch einmal — und zwar viele Wochen nach seiner Ausstellung — aber immerhin noch am 24. Oktober 1918, polizeilich beglaubigt worden. Aus alledem geht deutlich hervor, daß Sklarz bei dem Kalenderprojekt die volle Förderung, wenn nicht gar den Auftrag der alten wilhelminischen Regierung hatte. Was die alldeutsche Presse nicht hindern wird, sich weiter zu entrüsten.

Ausstand im Kreise Greifswald.

Die Ostsee-Zeitung meldet aus Greifswald: Im Landkreise Greifswald ist ein Streik der Landarbeiter ausgebrochen, der heute bereits 17 Güter umfaßt.

Tagung des Reichsschulausschusses.

Die erste Tagung des ständigen Ausschusses zur Vorbereitung der Reichsschulkonferenz und der Reichsschulgesetzgebung wurde Donnerstag vom Unterstaatssekretär Schulz im Reichsministerium des Innern eröffnet. Anwesend waren nach der auf der Vorbesprechung im Oktober getroffenen Vereinbarung Vertreter der Kultusministerien der Länder und der drei größten Gemeindeverbände Deutschlands.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde für den Ausschuß der Name Reichsschulausschuß festgelegt. Als Programm der Tagung wurde vom Vorsitzenden in Aussicht genommen: die Vorberatung des Gesetzes zur Regelung des Artikels 146 Absatz 2 der Verfassung, dessen Fertigstellung für diesen Winter zugesagt worden ist, und die Vorbereitung der Reichsschulkonferenz. Daneben sollen einige andere dringliche Gegenstände behandelt werden. Für die Konferenz sind mehrere Tage in Aussicht genommen. Ueber die bei der reichsgesetzlichen Regelung des Art. 146 Abs. 2 zu beachtenden Grundsätze referierten Geh. Reg.-Rat Gürich vom Preußischen Kultusministerium, Schulrat Haentzschel-Dresden und Gymnasialdirektor Steinhauser-Twangen.

An die Referate Abs. 2 schloß sich eine allgemeine Aussprache an, die am Freitag zu Ende geführt werden soll.

Generalstreik in Bitterfeld.

Aus zuständiger Stelle erfahren die V. P. N.: In der Arbeiterversammlung sämtlicher Betriebe des Bitterfelder Reviers wurde mit 6000 gegen 1000 Stimmen der Generalstreik beschlossen. Die Arbeit soll heute nachmittag um 2 Uhr niedergelegt werden, die Arbeiter haben jedoch erklärt, daß sie sämtliche Notstandsarbeiten ausführen werden. Die Stromzufuhr nach Berlin ist bis auf weiteres nicht gefährdet, wird aber unter allen Umständen gesichert werden.

Gegen den Kanzelmißbrauch!

Eine Reihe Berliner Pastoren einigte sich, wie uns mitgeteilt wird, in einer losen Konferenz auf folgende Entschließung:

„In der letzten Zeit sind wiederholt Kirchen und Gottesdienste von Pastoren zu monarchischen Kundgebungen benutzt worden. Es ist selbstverständlich, daß die Pastoren, die zeitlebens treu Monarchisten gewesen sind, ihre Ueberzeugung nicht wechseln können, wie ein Gewand, selbstverständlich auch, daß sie bestrebt sind, ihrer Ueberzeugung Ausdruck zu geben; auch Pastoren haben das Recht der freien Meinungsäußerung. Zu bedauern und entschieden abzulehnen ist es aber, wenn sie dies in der Kirche, im Gottesdienst tun. Die Kirche hat mit Politik nichts zu tun; das Christentum steht über Staatsformen, über Parteipolitik.

Krieg mit Lettland!

Die deutsche Gesandtschaft in Mitau ist mit Rücksicht auf die militärischen und politischen Vorgänge aus Mitau zurückgezogen worden. Die lettische Regierung hat nunmehr ihre Berliner Vertretung gleichfalls zurückberufen und betrachtet sich unter Hinweis auf die Angriffe der ehemals reichsdeutschen Truppen unter Bermondt-Avalloff als mit Deutschland im Kriegszustand befindlich. Die noch in Riga und Libau befindlichen deutschen Vertreter werden daraufhin gleichfalls zurückberufen werden.

Nun ist der Tatbestand des Landesverrats gegen die Baltikumwerber und -schieber sonnenklar.

In Bajohres wurde von der Mannschaft des Detachements Plehwe ein französischer Offizier beschimpft, bespuckt und bedroht. Die Ententekommission hat Bestrafung der Schuldigen und ihrer Vorgesetzten bis zum Abschnittskommandeur des Grenzschutzes gefordert. Untersuchung der Angelegenheit wurde zugesagt.

Deutschland hilft — andere reden.

In Erwiderung einer Anfrage im Unterhaus erklärte Lloyd George, die englische Regierung sei sich der außerordentlich schwierigen Wirtschaftslage in Mitteleuropa (lies: in Deutschösterreich, der Krone der Versailler Schöpfung! Red.) wohl bewußt. Sie wende im Verein mit dem Obersten Rat in Paris alle Mittel, die möglich sind, an, um die Lage zu erleichtern. Man sei zu dem Schlusse gekommen, daß nur eine umfassende Maßnahme für einen internationalen großen Kredit der Lage hinreichend gerecht werden könne. Zu dem Erfolg solcher Vorschläge sei es unerläßlich, daß die Vereinigten Staaten den Teil der Summe beisteuern, der in Dollars übernommen werden muß. Infolgedessen seien neue dringende Vorstellungen in diesem Sinne bei der Regierung der Vereinigten Staaten erhoben worden.

Nun sieht auch Churchill schon ein, daß man in Versailles Europa balkanisiert hat. Und da jammern sie über den Revanchegeist, den sie geboren haben und großzüchten. Foch macht den Amerikanern Vorstellungen über das Wiedererwachen eines deutschen Kriegsgeistes, den er sich nur selber zuschreiben soll, und im englischen Parlament muß die Regierung die Angst von Anfragern beruhigen, die von geheimen Geschütz- und Granatenlagern in Deutschland fasein.

Wie groß die Angst vor dem von der Entente und nur von ihr geförderten Revanchekrieg ist, zeigt folgender weiterer Unterhausbericht:

Lloyd George erwiderte auf die Frage, welche Folgen die Verzögerung der Ratifikation durch den amerikanischen Senat auf die Volksabstimmungen und die im Friedens„vertrag" vorgesehenen Ausschüsse haben werde. Der Oberste Rat habe beschlossen, der deutschen Delegation mitzuteilen, daß alle Kommissionen, die von den Alliierten und Assoziierten zusammengestellt werden müssen, unverzüglich ernannt und ihre Arbeiten sofort beginnen werden. Auf die Frage, welche Folge ein Beschluß der Vereinigten Staaten von Amerika, nicht zu ratifizieren, auf den Dreibund zur Verteidigung Frankreichs haben werde, antwortete Lloyd George, eine Weigerung der amerikanischen Regierung, zu ratifizieren, brauche jetzt nicht notwendigerweise Einfluß auf den Friedens„vertrag" als solchen zu haben, vorausgesetzt, daß das Parlament den Dreibundsvertrag ratifiziere.

Frankreichs neue Kammer.

Bisher sind sechshundert Resultate der Kammerwahlen bekannt. Es stehen nur noch zehn Sitze der Kolonien und weitere sechs Sitze aus, wegen welcher ein zweiter Wahlgang stattfinden muß. Gewählt sind 133 Linksrepublikaner, 60 Radikale, 83 „sozialistische" Radikale, 27 „republikanische Sozialisten", 68 unitizierte Sozialisten, 6 dissidente Sozialisten, 133 Progressisten, 69 Vertreter der Action libérale und 31 Konservative.

Die neue Kammer besteht aus 360 neuen Mitgliedern und 250 Mitgliedern, die schon der alten Kammer angehört haben.

An Stelle einiger Durchgefallenen werden die Abgg. Berard zum Minister des öffentlichen Unterrichts und der schönen Künste, Dubois zum Minister für Handel und le Trocquer zum Unterstaatssekretär im Finanzministerium ernannt.

In den Wandelgängen der Kammer fangen die Nationalisten bereits an, Stimmung zu machen für eine Verschärfung des Versailler Friedensvertrages, falls Deutschland sich den neuen Bedingungen der Entente nicht sofort unterwerfen sollte.

Neuorientierung in Belgien.

Der Generalrat der sozialistischen Partei Belgiens ist fast einstimmig der Ansicht, den Demokraten die Bildung eines neuen Kabinetts vorzuschlagen, um die notwendige Verfassungsrevision durchzuführen. Dieses Programm soll der außerordentliche sozialistische Kongreß am 30. November festsetzen.

Von den neugewählten Deputierten haben 65 niemals dem Parlamente angehört, davon allein 31 Sozialdemokraten.

Heimtransport der russischen Kriegsgefangenen.

In dem weiteren Verbleiben der russischen Kriegsgefangenen in Deutschland findet man verschiedentlich Anlaß zu Angriffen gegen die deutsche Regierung. Diese Angriffe können parteipolitischen Agitationsgründen oder verständlichen humanitären Empfindungen entspringen. Der Sachverhalt ist in Wirklichkeit der folgende:

Durch die Waffenstillstandsbedingungen vom 16. Januar 1919 wurde der deutschen Regierung der Abtransport der russischen Kriegsgefangenen untersagt und eine Interalliierte Kommission zur Heimbeförderung der russischen Kriegsgefangenen nach Berlin entsandt. Diese hat bis zum 26. August 1919 Wege für einen solchen Abtransport im großen in die Heimat durch die neuen östlichen Randstaaten freizumachen versucht. Für die russischen Kriegsgefangenen, die im Sowjetgebiet beheimatet sind, besteht zurzeit keine Abtransportmöglichkeit. Die deutsche Regierung scheut keine Mühe und Kosten, um den Heimtransport der russischen Kriegsgefangenen, unabhängig von ihrem Heimatsort durchzuführen. Ueber den weiteren Abtransport der russischen Kriegsgefangenen schweben zurzeit Verhandlungen mit der Entente.

Mexiko mucht auf. Die mexikanische Regierung lehnt das Ersuchen der Vereinigten Staaten, den amerikanischen Konsularagenten Jenkins in Freiheit zu setzen, ab, indem sie sich darauf beruft, daß kein internationales Uebereinkommen ein solches Begehren vorsieht.

Ein neues Volksbühnenhaus.

Die Revolution hat dem deutschen Volke die umfassendsten politischen Rechte gegeben, aber sie hat natürlich nicht mit einem Schlage die wirtschaftlichen und kulturellen Zustände umgestalten können. Insbesondere ist der Kulturhunger des Volkes, der durch keine Lohnsteigerungen gestillt werden kann, größtenteils unbefriedigt geblieben. Für die Bildungsbedürfnisse wird jetzt im großen Stile die Volkshochschule geschaffen. Wenig oder nichts ist dagegen geschehen, um die Sehnsucht des Volkes nach Anteil an der lebendigen Massenkunst, am Theater, zu befriedigen. Was die beiden Berliner Staatstheater in dankenswerter Weise an Abend- und Nachmittagsvorstellungen bieten, ist im Verhältnis zu der Millionenbevölkerung zugestandenermaßen nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Stadt Berlin hat bislang im Gegensatz zu vielen anderen deutschen Städten, die einen Jahresaufwand bis zu 1 Million für Theaterzwecke aufweisen, für das Theater außer einem Darlehn an die Neue Freie Volksbühne nichts geleistet. Dieser Zustand bedarf dringend der Abänderung. Es muß endlich an eine gründliche Umgestaltung der Berliner Theater im Sinne ihrer Erschließung für die Masse herangetreten werden. Und es darf auch nicht damit zugewartet werden, bis das Kommunalisierungsgesetz weitere gesetzliche Möglichkeiten geschaffen hat.

Es trifft sich glücklich, daß zurzeit von zwei Seiten an einem Plane gearbeitet wird, der der Groß-Berliner Arbeiterschaft neben der Volksbühne ein zweites eigenes Theater zur Verfügung stellen kann. Die Berliner Staatstheater, die an einem Defizit von mehreren Millionen leiden, haben das Bedürfnis, ihr nicht vollbeschäftigtes Personal und ihren überreichen Fundus in einem weiteren Theater auszunützen. Das ehemalige Krollsche Etablissement, das dem Staate gehört, bietet sich für diese Zwecke dar. Gleichzeitig befindet sich der Verband der Volksbühnen in der absoluten Notwendigkeit, für seine Mitgliedschaft von über 100 000, die sicher bereits sich dem zweiten Hunderttausend bedeutend genähert hätte, wenn weitere Aufnahmen möglich wären, ein neues eigenes Theater zur Verfügung zu haben. Insbesondere muß die Freie Volksbühne, die bisher keine eigene Bühne hat, freieren Spielraum bekommen. Der Verband ist daher, wie wir erfahren, an die zuständigen Ministerien herangetreten, um die Ueberlassung des umgebauten und für 2000 Personen Zuschauer einzurichtenden Kroll für ihre Zwecke zu beantragen. Die Staatstheater würden dann darin mit ihrem Personal spielen, und im übrigen würden in dem neuen Hause die idealen Grundsätze der Kunst-Gemeinde-Politik der Volksbühne durchgeführt werden. Leider hat aber infolge der ungeheuren Steigerung aller Kosten für den Bau und den Betrieb des künftigen Theaters die Aufstellung eines Etats Schwierigkeiten, die die Kräfte der Volksbühne überschreiten dürften. Der Verband der Freien Volksbühnen hat sich deshalb mit der Stadtverwaltung in Verbindung gesetzt, um eine Beteiligung der Stadt an ihrem Projekte herbeizuführen. Es ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß das neue soziale Berlin die Bahnen des Kommunalfreisinns in dieser Angelegenheit verlassen und seinen Kulturverpflichtungen nachkommen wird.

In diesen Tagen, da das neue Reinhardtsche Zirkustheater eröffnet wird, dürfte in den Zeitungen viel die Rede sein von der Schaffung eines neuen Volkstheaters, das aus dem Geiste des Volkes heraus und für das Volk geleitet werden soll. In einer kleinen Werbeschrift, die zur Eröffnung des Großen Schauspielhauses vom Deutschen Theater herausgegeben wird, wird eine neue Volkstheatergemeinschaft gefeiert, als deren wesentlicher Bestandteil die neue Bühneneinrichtung, die Zuschauer und Darsteller in engen Zusammenhang bringt, hingestellt wird. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß eine solche Gemeinschaft nicht aus äußeren Formen erwächst, sondern nur auf dem Boden der Volksbühnenidee erstehen kann. Die Volksbühnen sind die berufenen Körperschaften zur Verwirklichung eines wahren Volkstheaters. An der Stätte des alten Krollschen Etablissements sollte der Prunkbau der wilhelminischen Oper erstehen. Wir betrachten es als ein glückverheißendes Symbol, daß jetzt an der gleichen Stelle ein zweites Volksbühnenhaus errichtet werden soll, in dem Staat und Stadtgemeinde zusammen mit der Organisation der Konsumenten am gleichen Ziele einer neuen Volkskultur arbeiten werden.

Neue Heilwirkungen von Mesothorium und Röntgenstrahlen. Auf Veranlassung der Medizinischen Gesellschaft Magdeburg hielt der Oberarzt der dortigen Frauenklinik Dr. Weinbrenner einen Vortrag über die in der Krankenanstalt Sudenburg erfolgte Behandlung gutartiger und bösartiger Frauenkrankheiten und die dabei beobachteten Heilerfolge. Seine Ausführungen stützten sich auf rund 900 eigene Fälle, die mit Mesothorium oder Röntgenbestrahlung behandelt wurden. Sie dürften weit über ärztliche Kreise hinaus von größtem Interesse sein.

Ein großer Teil von sogenannten gutartigen Erkrankungen, bei denen abnorme Blutungen das Krankenbild beherrschen (Muskelgeschwülste, Veränderungen in den Wechseljahren) wurde früher und wird auch z. B. noch jetzt durch eingreifende Operationen behandelt. Bei richtiger Auswahl der Fälle ist es heute möglich, mit wenigen ambulanten Röntgenbestrahlungen nicht nur die Blutungen dauernd zu beseitigen, sondern auch die Geschwülste zum Schrumpfen, ja sogar zum vollständigen Verschwinden zu bringen. Diese einfache Behandlung, die keinen klinischen Aufenthalt erfordert und ungefährlich ist, bedeutet gegenüber den sonst üblichen großen Operationen einen gewaltigen Fortschritt. In 500 derartigen Fällen konnte der Vortragende den durch die mangelhafte Ernährung während des Krieges in der Widerstandskraft geschwächten Frauen den gefürchteten operativen Eingriff ersparen und sie mit Röntgenbehandlung vollkommen zur Abheilung bringen.

Der zweite Teil des Vortrages behandelte die Bestrahlung der „bösartigen" Erkrankungen (Krebs) mit Mesothorium und Röntgen. Hierbei kann man, wie bei einer Operation, von einer dauernden Abheilung erst sprechen, wenn die Kranken noch fünf Jahre hindurch gesund geblieben sind. Die ersten klinisch geheilten Fälle, die Dr. Weinbrenner vor sechs Jahren mit Mesothorium behandelt hatte und die von den Fachärzten in Halle a. S. untersucht worden waren, wurden bis auf einen, in welchem 1917 der Tod eingetreten ist, als vollkommen geheilt den Aerzten vorgestellt. Gleichzeitig kamen mehrere vor 5—6 Jahren behandelte Fälle zur Sprache, bei denen damals eine operative Behandlung nicht mehr möglich war und die nun ebenfalls gesund vorgestellt werden konnten. In dieser Möglichkeit, bereits als verloren anzusehende Fälle ganz erheblich zu bessern und mitunter sogar dauernd zu heilen, liegt die nicht hoch genug einzuschätzende Bedeutung der Strahlenbehandlung. Ist die Technik der Behandlung von nicht operierbaren Krebsfällen auch ein kompliziertes und nicht ungefährliches Unternehmen, so zeigten doch die erzielten Erfolge, daß die Strahlenbehandlung bei den hoffnungslosen Fällen von Krebs mangels jedes anderen Heilmittels nicht mehr entbehrt werden kann. Es ist außerordentlich wichtig, das Heilverfahren weiter zu entwickeln und damit diese schreckliche Geisel der Menschheit immer wirksamer zu bekämpfen.

Haeckels Martyrium. In einem „Aus Haeckels letzten Lebensjahren" betitelten, auf persönlichen Erinnerungen und Briefen Haeckels fußenden Aufsatze hatte Dr. Adolf Heilborn, der Berliner Anthropologe und Freund Haeckels, schwere Angriffe gegen Prof. Dr. Ludwig Plate-Jena, den Amtsnachfolger Haeckels, gerichtet. Heilborn warf Plate vor, er habe durch unverständliches Verhalten Haeckel die letzten zehn Lebensjahre zu einer wahren Lear-Tragödie gestaltet. Prof. Plate hat daraufhin Dr. Heilborn verklagt. Dieser will nun, wie wir erfahren, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptung antreten. Aus Haeckels Freundeskreise ist ihm ein reiches Material dafür zur Verfügung gestellt worden.

Dichterspenden. Die Gesellschaft zur Pflege junger Dichtung „Das junge Deutschland" hat in den letzten Wochen Ehrengaben von zusammen 4000 M. unter die jungen Dichter Alfred Wolfenstein, Otto Zarek, Friedrich Koffka, Hedwig Rieder und die Witwe Hermann Essigs zur Verteilung gebracht.

Deutsche Gesellschaft für Metallkunde. Innerhalb des Vereins deutscher Ingenieure wurde ein Zusammenschluß der an der Erforschung der Metallverarbeitung und -verwendung beteiligten Mitglieder unter dem Namen „Deutsche Gesellschaft für Metallkunde" vollzogen. Zum Vorsitzenden wurde Prof. E. Heyn, Berlin-Dahlem, gewählt.

Für die hungernden Wiener Kinder findet am 16. Dez. mittags 12 Uhr in der Wandelhalle des Reichstags ein Konzert statt, zu dem die ersten Künstlerinnen und Künstler Berlins ihre Mitwirkung zugesagt haben. — Das Lessingtheater bereitet eine Sondervorstellung von Anzengrubers „Pfarrer von Kirchfeld" vor, deren Erträgnis für die hungernden Kinder Wiens bestimmt ist.

Eine Gedächtnisfeier für Hermann Essig. In der um 7. Dez. mittags 11 Uhr im Kleinen Schauspielhaus stattfindenden Gedächtnismatinee für Hermann Essig wird Tilla Durieux mitwirken. Außerdem kommt die Trauerballade von Karl Kämpf zur Uraufführung.

Musik. Im Großen Festsaal des Charlottenburger Rathauses findet Sonnabendabend das erste Solistenkonzert statt, das vom Personal des Deutschen Opernhauses zugunsten seiner Pensionskasse veranstaltet wird.

Eine Arbeitsgemeinschaft für Gartenbau hat sich an der Humboldt-Hochschule auf Anregung des Gartendirektors Lesser-Steglitz gebildet. Die erste Zusammenkunft findet Montag, den 1. Dezember, von 7—8 Uhr Niederwallstr. 12 statt. Sämtliche jetzigen und früheren Hörer des Gartendirektors Lesser sind dazu eingeladen.

An der Unterrichtsanstalt des Kunstgewerbemuseums ist eine Klasse für Gebrauchsgraphik eingerichtet worden, deren Leitung O. H. W. Hadank übertragen wurde. — Gleichzeitig übernahm Hoyer die Leitung des Schriftunterrichts.

Industrie und Handel.

Börse.

An der Börse war die Tendenz wenig einheitlich, das Geschäft ruhig. Valutapapiere konnten im Zusammenhang mit der neuerlichen Entwertung der Reichsmark erneut anziehen. Bevorzugt waren eine Reihe von Kolonialpapieren. Petroleumwerte verkehrten auf letztem Stand. Montanwerte waren überwiegend fest mit Ausnahme von Phönix, die 9 Proz. einbüßten. Gute Meinung bestand für Schiffahrtsaktien, Farb-, Elektro- und Rüstungspapiere gaben teilweise nach. Heimische Renten waren unbeachtet.

Groß-Berlin

Wiener Hilfswoche.

Der Magistrat erläßt folgenden

Aufruf!

Schlimme Botschaften treffen aus Wien ein und werden stündlich drohender. Hungersnot, Kohlennot und Krankheit scheinen das Leben der Wiener Bevölkerung auslöschen zu wollen. Der Schrei hungernder, frierender und kranker Kinder und Frauen schallt zu uns herüber.

Die Stadt Berlin, in Tagen des Glückes mit der Schwestergemeinde an der Donau freundschaftlich verbunden, kann diesem Hinsterben nicht untätig zusehen.

Die städtischen Behörden, selber im immer schwerer werdenden Kampf mit den Nöten der winterlichen Lebensmittel- und Kohlenversorgung, können aus eigenen Beständen nicht die Hilfe leisten, welche unsere Bürger, wenn sie nach Kräften zusammenwirken, schaffen können.

Daher rufen wir alle, die helfen können, zur Hilfe auf. **Gebe jeder aus dem kleinen Bestand, den er etwa für schlimmste Zeit eigener Not verwahrt, eine kleine Gabe:**

unverderbliche Lebensmittel, Hülsenfrüchte, Mehl, Konserven.

Alle Spenden müssen in möglichst starkes undurchlässiges Material verpackt und verschnürt sein und durch eine Aufschrift den Inhalt erkennen lassen.

Sammelstellen sind: Luisen-Lyzeum, Ziegelstr. 12; Viktoria-Lyzeum, Prinzenstr. 51; Sophien-Lyzeum, Weinmeisterstr. 16/17; Charlotten-Lyzeum, Steglitzer Str. 29; Margareten-Lyzeum, Iffflandstr. 11; Dorotheen-Lyzeum, Wilhelmshavener Str. 2; Schiller-Lyzeum, Pankstr. 41; Königstädtisches Lyzeum, Greifswalder Str. 24/25; Luther-Lyzeum, Tempelhofer Ufer 2.

Die Sammelstellen sind **geöffnet von Montag, den 1., bis Sonntag, den 7. Dezember 1919, vormittags 10 Uhr bis nachmittags 4 Uhr.**

Außerdem werden angenommen

Geldspenden

bei der **Stadthauptkasse**, der **städtischen Sparkasse**, deren **Nebenstellen und Zweigkassen.**

Berlin, den 27. November 1919.

Der Magistrat. Die Stadtverordnetenversammlung.
Wermuth. Reicke. Heimann. Weyl.

Für Wien. Die Mitglieder der Internationalen Kapellmeistervereinigung haben beschlossen, den 29. d. M. als Opfertag für die notleidende Wiener Bevölkerung anzusetzen. Jeder Kapellmeister der Internationalen Kapellmeistervereinigung verzichtet an diesem Tage auf seine persönliche Gage zugunsten dieser Aktion, und bittet der Vorstand der J. K. V. die Berliner Bevölkerung, diesen Schritt dadurch zu unterstützen, daß sie an diesem Tage in allen Lokalen 10 Pf. pro Speise und Trank, bei Kino pro Billett extra als Beitrag für die notleidende Wiener Bevölkerung zuzahlt. Die Stellen, an denen keine Mitglieder der J. K. V. spielen, werden gebeten, die gesammelten Beträge entweder an die Geschäftsstelle, Schiffbauerdamm 15, zu übergeben. Die eingelaufenen Beträge werden sofort von der J. K. V. der österreichischen Regierungsstelle übergeben werden.

Gegen die übermäßige Einwanderung in Groß-Berlin.

Die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung wird sich in ihrer Sitzung im nächsten Monat mit einem Antrag zu befassen haben, durch den der Magistrat ersucht wird, angesichts der großen Wohnungsnot bei der Reichsregierung auf die sofortige Einbringung eines Gesetzentwurfes in der Nationalversammlung zu dringen, durch den eine unerwünschte Einwanderung verhindert, eine wirksame Grenzkontrolle durchgeführt, der Einwanderung von Polen, Galizien und Russen ins deutsche Reichsgebiet entgegengewirkt und die Abschiebung lästiger Ausländer besser als bisher erreicht wird.

Christentum und Juden!

Auf Einladung des Verbandes der jüdischen Jugendvereine Deutschlands sprach im überfüllten Saal des Brüdervereins Dr. Johannes Müller, Herausgeber der „Grünen Blätter", über das Verhältnis zwischen Juden und Christen in Deutschland. Er kennzeichnete den Antisemitismus als eine Schwächeerscheinung und hob die Feigheit und Erbärmlichkeit hervor, die darin liegt, alle Schuld für die sittlichen Gebrechen unserer Zeit auf die Juden abzuwälzen, anstatt ihnen durch eigene Arbeit entgegenzuwirken. Den Juden empfahl er weniger Empfindlichkeit und eine mehr positive Form der Abwehr. Er forderte eine Einheitsfront aller, die gewillt sind, an dem Wiederaufbau Deutschlands ohne Rücksicht auf ihre persönlichen Interessen mitzuarbeiten. In der Aussprache, die einen bemerkenswert sachlichen Verlauf nahm und der die sehr zahlreiche Zuhörerschaft, die sich wohl je zur Hälfte aus Juden und Christen zusammensetzte, mit großer Anteilnahme folgte, stimmten sämtliche Redner dieser Forderung zu. Von christlicher Seite wurde aber zum Teil der Antisemitismus aus rassemäßigen Verschiedenheiten zu erklären versucht. Von jüdischer Seite wurde dagegen Verwahrung eingelegt, daß man alle Schäden in Wirtschaftsleben und Presse den Juden zur Last lege, insbesondere wurde von der Vertreterin der Jugend ein glühendes Bekenntnis zum Idealismus abgelegt.

Weil sie zweiter Klasse fuhren.

Die „B. Z." berichtet:

Auf der elektrischen Vollbahn Lichterfelde—Berlin ist natürlich auch ein „eingeschränkter" Fahrplan eingeführt, und ebenso natürlich sind daher die Züge maßlos überfüllt. Heute morgen stand man schon von Lankwitz an zu 24 und 25 in jedem Abteil. In Südende wollten auch noch einige mit, die ins Geschäft und Kontor mußten. Da es nicht anders ging, gerieten sie in die zweite Klasse. Am Potsdamer Bahnhof eingetroffen, wurden diese Missetäter ... von zwölf Mann des Bahnhofswachkommandos, mit Gewehren natürlich, erwartet. Die Türen der Abteile zweiter Klasse wurden besetzt und es erfolgte eine hochnotpeinliche Feststellung, Strafzahlung usw. Also zwölf Mann Truppenaufgebot, weil man anders als in der zweiten Klasse nicht mitkommen konnte, und dies auf einer elektrischen Vollbahn, auf der schon längst die Klassenunterschiede abgeschafft zu hören!

Aber dies war nur der Anfang. Es zeigte sich bald, daß in dieser Aktion ein System lag. Die Ankömmlinge des Vollringzuges aus Strasau-Rummelsburg wurden schon von einem ganzen Militärspalier erwartet. Etwa 70 bis 80 Personen, darunter Kriegsbeschädigte, die wirklich nicht gut auf den Trittbrettern fahren können, die nur mit Wochenkarten oder Karten dritter Klasse in der zweiten Wagenklasse gefahren waren, wurden zu 6 M. Strafe verdonnert bzw., wenn sie die Zahlung verweigerten, für ein Strafverfahren notiert.

Gegen dieses unsinnige Vorgehen der Eisenbahnverwaltung muß schärfstens Protest erhoben werden. Gerade die Eisenbahnverwaltung hat keinen Grund, das ohnehin schon reichlich unzufriedene Publikum noch mehr zu verbittern.

„Volk und Zeit", unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postauflage bei.

Von einer Kraftdroschke getötet wurde gestern nachmittag der 70 Jahre alte Rentner Georg Lachin aus der von-der-Heydt-Straße 11. Als er den Fahrdamm des Lützowufers überschreiten wollte, kam eine Kraftdroschke angefahren. Der Führer bremste und brachte den Wagen auch bald zum Stehen. Es war jedoch zu spät, der alte Mann wurde umgeworfen und erlitt einen Schädelbruch, an dessen Folgen er bald darauf verstarb.

Zwei Personen durch Leuchtgas vergiftet. In der Prinz-Eugen-Straße 24 wurde gestern der 56 Jahre alte Arbeiter Otto Müller in seiner dort im dritten Stockwerk belegenen Wohnung mit dem ebenso alten Schuhmacher Karl Janetzki aus der Köslíner Str. 8 tot aufgefunden. Das Zimmer war mit Gas angefüllt und ein Hahn des Gaskochers geöffnet. Müller und Janetzki hatten gemeinsam gezecht und dabei viel Schnaps getrunken. Als sie dann in der Nacht zum Dienstag die Wohnung Müllers aufgesucht hatten, um dort zu übernachten, öffneten sie wahrscheinlich in der Trunkenheit den Gashahn des Kochers, vergaßen aber die Flamme anzustecken und fanden so den Tod.

Tätlichkeiten gegen einen Straßenbahnschaffner. Eine schwere Gewalttat wurde heute früh gegen einen Straßenbahnschaffner der Linie 17 in der Nähe des Hansaplatzes vollführt. Der Straßenbahnwagen war vollständig überfüllt, trotzdem stellten sich noch einige jüngere Leute auf das Trittbrett. Der Schaffner ließ den Wagen halten, damit das Trittbrett geräumt werde, in diesem Augenblick kamen neue Fahrgäste, die ebenfalls noch mitfahren wollten. Es entwickelte sich ein Streit, in dem plötzlich mehrere Passagiere über den Schaffner herfielen. So verletzte einer derselben den Schaffner mit einem Spaten sehr erheblich am Kopf. Der Schaffner wurde nach einem Lazarett übergeführt, der Täter festgenommen.

Ueberraschte Einbrecher. Einen guten Fang machte ein Oberwachtmeister vom Polizeipräsidium. Als er nach Dienstschluß heimkehrte, bemerkte er, daß sich eine vierköpfige Einbrecherbande an einem Geschäft in der Brunnenstraße zu schaffen machte. Er eilte zunächst in seine Wohnung, um sich dort unauffällig umzukleiden, kehrte zum Tatort zurück und wartete dort in aller Ruhe, bis die Einbrecher ihre Beute in einer herbeigerufenen Droschke verpackt hatten, bis sie eingestiegen waren, dann sprang er, seine Pistole schußfertig in der Hand, hinzu, erklärte alle vier für verhaftet und befahl dem Droschkenkutscher, nach dem Polizeipräsidium zu fahren. Ohne irgendwelche Hilfe herbeizurufen, ging er neben der offenen Droschke her und brachte Einbrecher und Beute nach dem Polizeipräsidium.

Die Elektrizitätsversorgung Charlottenburgs scheint nunmehr gesichert zu sein, wenn nicht ganz unvorhergesehene Umstände eintreten. Das Werk verfügt augenblicklich über so viel Kohlen, daß es seinen Betrieb im vollen Umfange bis Sonnabend früh durchführen kann. Inzwischen werden sicherlich weitere Kohlenlieferungen eingetroffen sein. Der Reichskohlenkommissar hat jedenfalls die erforderlichen Anordnungen getroffen und wird auch dafür sorgen, daß eine Unterbrechung nicht mehr eintritt.

Der Bund deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen hat die Möglichkeit, 50 tuberkulöse Kinder von Kriegs- oder Zivilgefangenen im Alter von 7 bis 13 Jahren zu hundertägigem Kuraufenthalt kostenlos in die Schweiz zu schicken. Antragsteller wollen sich zwecks ärztlicher Nachuntersuchung melden. Buchstabe A—K Montag, den 1. Dezember, Buchstabe L—Z Dienstag, den 2. Dezember, von 9—2 Uhr, in der Landesversicherungsanstalt Berlin, Am Köllnischen Park 3, Zimmer 27. Mitzubringen sind: 1. Die Bescheinigung, daß der Vater in Kriegs- oder Zivilgefangenschaft ist, 2. ein ärztliches Attest darüber, daß die bestehende Tuberkulose durch Höhenkuraufenthalt Aussicht auf nachhaltigen Heilungserfolg bietet, und daß die Kinder frei von ansteckenden Krankheiten und Ungeziefer sind.

Schöneberg. Eine Jugendschriftenausstellung am 29. und 30. November in der Aula der Uhlandschule, Kolonnenstraße, am 1. und 2. Dezember in der Aula der Hohenzollernschule, Belziger Straße, von 4—8 Uhr, veranstaltet der Schöneberger Lehrerinnenverein und der Jugendschriftenausschuß des Schöneberger Lehrervereins.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Pankow. Ab Freitag in den Geschäften, die von Spekowsky beliefert werden, auf A-Karten ¾ Liter und auf B-Karten ½ Liter Milch.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Werbeausschuß der Angestellten.

Waren- und Kaufhäuser, Textilindustrie und -handel, Holz- und Möbelindustrie, chemische Industrie und Handel, Brauereien, Tabakindustrie und -handel, Zeitungen, Buchhandel und Druckereien.

In diesen Berufen tätige Parteigenossen werden dringend gebeten, sich zur Mitarbeit zur Verfügung zu stellen und ihre Adressen sowie die ihrer Berufskollegen, welche Parteigenossen sind, einzusenden: Berlin W 9, Bellevuestr. 7 II.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Freier Wanderbund. Freitag 7½ Uhr: Mitgliederversammlung bei Schreiber, Holzmarktstr. 65. Sonntag: Treffahrt nach Müggelheim: 1. Grünau—Schmöckwitz—Müggelheim. Abfahrt Bahnhof Friedrichstraße 7,15 Uhr früh. 2. Hoppegarten—Karlshorst—Rahnsdorf—Müggelheim. Abfahrt Schlesischer Bahnhof 6,10 Uhr früh. 3. Zeuthen—Kiefener Berge—Müggelheim. Abfahrt 7,20 Uhr früh Görlitzer Bahnhof. Nachmittagsfahrt Rahnsdorf—Müggelheim. Schlesischer Bahnhof 1,08 Uhr nachmittags. — **Deutsche Friedensgesellschaft.** Ortsgruppe Berlin. Montag 8 Uhr im Café Austria, Potsdamer Str. 28: Graf Georg von Arco über: Technik und Friedensbewegung.

Gewerkschaftsbewegung

Wahlkampf in der Gewerkschaftskommission.

Zwiespalt bei den Unabhängigen.

An Stelle unseres Genossen Ritter, der den Posten eines Sekretärs der Gewerkschaftskommission mit einem Amt in der Parteiorganisation vertauscht hat, war in der am Donnerstag abgehaltenen Sitzung der Gewerkschaftskommission ein neuer Sekretär zu wählen. Die Stelle ist ausgeschrieben worden, der Ausschuß hat die Bewerbungen geprüft und präsentierte als Kandidaten den Bevollmächtigten des Schuhmacherverbandes Vollmershaus und den bisherigen Hilfssekretär der Gewerkschaftskommission Böhling. Wegen der Kandidatur Vollmershaus, der erst vor kurzem von seinen Genossen der U. S. P. in den Ausschuß gewählt worden, kam es zu einer ausgedehnten Debatte der Unabhängigen untereinander. Die Debatte ergab im wesentlichen folgenden Tatbestand: Vollmershaus hat sich, dem Rate seines Parteifreundes Toß folgend, um den Posten des Sekretärs beworben. Das war zu einer Zeit, wo Toß und die hinter ihm stehenden Metallarbeiter in Vollmershaus einen unbedingten Vertreter ihrer Taktik erblickten. Diese Auffassung änderte sich aber, nachdem Vollmershaus im Ausschuß der Gewerkschaftskommission hinsichtlich des Metallarbeiterstreiks mit der Streikleitung nicht durch dick und dünn ging und manche Maßnahmen der Fünfzehnerkommission nicht billigte. Als nun im Ausschuß die beiden Bewerber Vollmershaus und Böhling zur Wahl standen, enthielt sich Toß der Stimme. Dadurch ergab sich ein Stimmenverhältnis, welches den Ausschuß veranlaßte, beide Bewerber als Kandidaten der Vollversammlung zu präsentieren. Da die Unabhängigen in der Gewerkschaftskommission die Mehrheit haben, wäre die Wahl Vollmershaus gesichert gewesen, aber die Metallarbeiter wollten seine Wahl hintertreiben, indem Rusch beantragte, die Stelle nochmals auszuschreiben und die Wahl deshalb zu vertagen. Andere Mitglieder der U. S. P. widersprachen diesem Antrage, der dann gegen eine starke Minderheit abgelehnt wurde. Nun beantragte Rusch, eine Pause zu machen, damit die Unabhängigen eine Besprechung abhalten könnten. Der Vorsitzende Körsten erklärte den Antrag für unstatthaft, weil es in der Gewerkschaftskommission keine politischen Fraktionen gebe, jedoch könnten die Delegierten der Metallarbeiter eine Besprechung unter sich abhalten. Rusch änderte nun seinen Antrag in diesem Sinne, ersuchte aber die auf seinem Boden stehenden Kollegen, an der Besprechung teilzunehmen. Die Mehrheit der Versammlung ging mit den Metallarbeitern hinaus. Es wurde also tatsächlich eine Fraktionssitzung der Unabhängigen abgehalten.

Als sie nach einer halben Stunde zurückkehrten, zeigte sich, daß keine Verständigung erzielt worden war. Rusch erklärte, Vollmershaus haben den Metallarbeitern erklärt, er trete von der Kandidatur zurück. Dadurch sei eine neue Situation geschaffen, die Stelle müsse aufs neue ausgeschrieben werden. — Andere Unabhängige widersprachen dem. Fritz Schmidt (Handlungsgehilfe) berief sich darauf, daß die Neuausschreibung bereits abgelehnt sei und Schumacher (Schneider) empfahl im Namen einer Reihe von Delegierten Vollmershaus, dem Rusch die Rücktrittserklärung abgezwungen habe, zu wählen. — Hierauf erklärte Vollmershaus, er trete von der Kandidatur zurück und beantrage Vertagung der Wahl. — Dieser Antrag wurde gegen eine starke Minderheit abgelehnt und die Wahl vollzogen.

Von 133 abgegebenen Stimmen erhielt Vollmershaus 89, Böhling 35, und 9 Zettel waren unbeschrieben.

Körsten erklärte, wenn Vollmershaus die Wahl nicht annimmt, dann gilt Böhling nach parlamentarischem Brauch und nach den geltenden Bestimmungen als gewählt.

Vollmershaus gab keine Erklärung über Annahme oder Ablehnung der Wahl ab.

Da die Wahl und die Debatten darüber den ganzen Abend ausgefüllt hatten, wurde der Hauptpunkt der Tagesordnung: „Berufsorganisation, Industrieverband, Betriebsräteorganisation" vertagt.

Vereinbarung der Musikinstrumentenarbeiter.

Die Verhandlungen mit den Unternehmern wegen Erhöhung der Teuerungszulage und Verkürzung der Arbeitszeit von 48 auf 46 Stunden in der Woche drohten zu scheitern, weil die Unternehmer es ablehnten, die Forderung der Arbeitszeitverkürzung überhaupt zum Gegenstand der Verhandlungen zu machen. Diese Haltung der Unternehmer war um so auffallender, als ein erheblicher Teil der Betriebe bereits die 46stündige Arbeitszeit hat. Es kam jedoch nach erneuten Verhandlungen am Donnerstagnachmittag zu einer Verständigung, die dahin geht, daß die Frage der Arbeitszeit bis zum Ablauf des bis 15. Februar 1920 geltenden Tarifs zurückgestellt und vom 1. Dezember ab die Teuerungszulage um 75 Pf. für die Stunde erhöht wird.

Eine am Donnerstagabend abgehaltene sehr stark besuchte Versammlung der Musikinstrumentenarbeiter stimmte dieser Vereinbarung zu und nahm eine Resolution an, welche die Branchenleitung beauftragt, für möglichst baldige Durchführung der 46stündigen Arbeitszeit zu wirken.

Bei den Verhandlungen mit den Unternehmern wurde noch ein anderer Streitfall behandelt. Bei der Firma Schiller, Joachimstraße, hatten die Arbeiter, welche mit dem Lohn nicht zufrieden waren, ihre Entlassung genommen. Die Firma hat daraufhin schwarze Listen in Umlauf gesetzt mit der Wirkung, daß es den ausgetretenen Arbeitern nicht möglich war, in anderen Betrieben Beschäftigung zu finden. Wenn Schiller die schwarzen Listen nicht sofort wieder zurückzieht, dann wird der Holzarbeiterverband die ausgetretenen Arbeiter als Streikende betrachten, über die Firma Schiller die Sperre verhängen und sie mit aller Schärfe durchführen. Auch gegen die Firmen, welche Arbeiter, die auf der schwarzen Liste stehen, nicht einstellen, soll Stellung genommen werden.

Mit dem Metallarbeiterstreik und dem Beschluß der Berliner Gewerkschaftskommission vom 5. November beschäftigte sich eine Funktionärkonferenz der Sektion II des Transportarbeiterverbandes. Karl Klose gab einen Ueberblick über die Lage vor der Revolution und über die Lohnkämpfe 1918 und 1919. Er sprach dann ausführlicher über die Differenzen, die zum Metallarbeiterstreik führten und über die Verhandlungen mit den Unternehmern und vor dem Schlichtungsausschuß (August 1919). Der Schiedsspruch wurde von den Transportarbeitern einstimmig abgelehnt. Aber die Metallarbeiter erklärten sich nicht solidarisch, sondern nahmen den Schiedsspruch an. Dann begannen die Verhandlungen über die Frage der Eingruppierung. Während der Aussprache, die die Delegierten der Transportarbeiter unter sich hatten, ob sie an den Verhandlungen teilnehmen sollten, kam Rusch vom Metallarbeiterverband hinzu und erklärte: „So geht das nicht. Wenn Ihr nicht verhandelt, dann werden wir Metallarbeiter es für Euch tun!" Dadurch wurden wir gezwungen, an den Verhandlungen teilzunehmen, die nichts anderes waren als das reine Kasperletheater. Auf jeder Seite durfte nur ein Mundanwalt und ein Sachverständiger reden. Wir übrigen wurden überhaupt nicht zum Wort zugelassen.

Die neue Taktik, die bei diesem Streik angewendet wurde: aus den einzelnen Betrieben bestimmte Gruppen von Spezialarbeitern herauszuziehen, hat sich nicht bewährt. Damit haben wir den Unternehmern nicht imponiert. Bei den Verhandlungen über die Wiedereinstellung der Arbeiter erklärte ein Arbeitgeber: „Wenn die Vertreter der ungelernten Arbeiter schon bei den früheren Verhandlungen so aufgetreten wären wir jetzt, dann wäre der Schiedsspruch im August anders ausgefallen." (Ein Beweis, wie schlecht der Kampf am Verhandlungstisch geführt worden war.)

Am 1. November fand eine Sitzung der Gewerkschaftskommission statt, in der Richard Müller einen Bericht über die Lage gab. Nur Vollmershaus trat für den Generalstreik ein. Rusch sowohl wie Richard Müller wandten sich mit allen Mitteln gegen den Streik. Rusch sagte: „Seien wir offen und ehrlich. Was wollen wir den Massen sagen, um sie für den Generalstreik zu gewinnen? Nach meiner Ansicht werden sich nur bei Siemens Streitigkeiten über die Wiedereinstellung der Funktionäre ergeben. Doch glaube ich, daß auch dort die Differenzen aus der Welt zu schaffen sind."

Nach den Erklärungen Ruschs wäre ein Generalstreik ein Generalunsinn gewesen. Auch der Vollzugsrat war gegen den Generalstreik. Ebenso die linksstehenden Parteien, einschließlich der K. P. D.! **Noch am 3. November erklärte Rusch, an einen Generalstreik wäre nicht zu denken.**

Trotzdem beschloß die Metallarbeitergeneralversammlung den Generalstreik. Bei der Sitzung des Fünfzehnerausschusses mit dem Ausschuß der Gewerkschaftskommission meldete sich zu der von Rusch gestellten Frage, ob über den Generalstreik diskutiert werden sollte oder nicht, keiner zum Wort. Deshalb galt für Rusch der Generalstreik als beschlossen — ohne Debatte und ohne Abstimmung!

Am 5. November lehnte dann die Gewerkschaftskommission mit Stimmengleichheit den Generalstreik ab. Zum großen Teil ausschlaggebend für diesen Beschluß war die Haltung und Taktik der Leiter des Metallarbeiterverbandes. Der Zeitpunkt, in einen Generalstreik einzutreten war mehrmals verpaßt worden. Ein Generalstreik am 5. November aber wäre ein Verbrechen an der Arbeiterschaft gewesen.

In der Diskussion sprach nur Franke, der die Haltung Kloses im großen und ganzen als richtig anerkannte und darauf hinwies, daß dessen Ausführungen gezeigt hätten, welche Planlosigkeit und welcher Wirrwarr in den Köpfen der Streikleitung geherrscht hat. Der Vorsitzende Ulbeh legte dar, daß der Hauptfehler darin lag, daß der Fünfzehnerausschuß eine Art Nebenregierung gebildet hätte, die alles allein tun wollte und die versäumte, rechtzeitig mit dem Ausschuß der Gewerkschaftskommission Fühlung zu nehmen. Daher sei das mangelnde Zusammenarbeiten mit den anderen Arbeiterverbänden zu erklären.

So ergab die Versammlung ein volles Vertrauensvotum für Klose und diejenigen Gewerkschaftsführer, die am 5. November gegen den Streik gestimmt hatten.

Bei der Aufstellung eines Kandidaten für die Wahl zum erweiterten Verbandsvorstand erhielten Fritz Sydow (U. S. P.) 185, Ulrich (S. P. D.) 79, Zeids (U. S. P.) 83 Stimmen. Somit ist Sydow als Kandidat aufgestellt.

Ende des Königsberger Buchdruckerstreiks.

Nachdem die Verhandlungen vor dem Tarifamt in Berlin zu einer Einigung geführt haben, hat der fast vier Wochen dauernde Ausstand der Königsberger Buchdruckereigehilfen ein Ende gefunden. Die Arbeit wurde am Donnerstag nachmittag wieder aufgenommen.

Zwischen dem Arbeitgeberverband der chemischen Industrie Deutschlands und dem Bund angestellter Chemiker und Ingenieure (der Berufsgewerkschaft naturwissenschaftlicher und technischer Angestellter mit Hochschulbildung) haben am 27. November in Berlin Verhandlungen über einen Reichsrahmentarif begonnen. Durch den Rahmentarif sollen die allgemeinen Arbeits- und Vertragsbedingungen für naturwissenschaftliche und technische Angestellte mit Hochschulbildung in der chemischen Industrie Deutschlands gleichmäßig geregelt werden. Die Gehaltsregelung wird durch den Rahmentarif nicht berührt und bleibt örtlichen Vereinbarungen überlassen.

Niedrige Entlohnung von Angestellten. Vom Zentralverband der Angestellten wird uns geschrieben: Der Artikel in Ihrer Nummer vom 21. 11. 1919 veranlaßt uns zu der Mitteilung, daß der Zentralverband der Angestellten für die Angestellten in den Färbereien und chemischen Waschanstalten einen Tarifvertrag mit rückwirkender Kraft vom 1. Juli 1919 abgeschlossen hat, der diesen Angestellten eine Zulage von 100 Proz. bringt. Allerdings möchten wir darauf hinweisen, daß die Firmen, deren Angestellte nicht organisiert sind, sich von der Zahlung der neuen Gehälter zu drücken versuchen.

Sämtliche der Afa angehörige Beisitzer zum Schlichtungsausschuß versammeln sich Sonnabend, den 29. d. Mts., abends 6½ Uhr, im Margareten-Lyzeum, Afflandstr. 9—11. Unbedingtes Erscheinen ist Pflicht! Mitgliedsbuch legitimiert!

Deutscher Werkmeister-Verband. Berlin 7. Die außerordentliche Generalversammlung findet am Dienstag, den 2. Dez., nachmittags 6 Uhr im Patzenhofer, Turm-, Ecke Stromstraße, statt. Tagesordnung: Vorstandswahl und Wahl der Abgeordneten zur Sterbekasse und Brandversicherung. Das Zahlen der Beiträge findet nur noch am Montag nach dem 1. und 15. eines jeden Monats im Restaurant des Kollegen M. Teichert, NW. 87, Beusselstr. 77, abends von 7 bis 9 Uhr statt. Die Betriebsvertrauensmänner werden um Verbreitung der Bekanntmachung ersucht.

Aus aller Welt.

Kapitel Oberschlesien. In Studzienna drangen nachts Banditen in ein Gehöft ein, erschossen den Besitzer und bedrohten die Ehefrau mit dem Tode. Nur nach flehentlichen Bitten ließen die Räuber von ihr ab. Sie durchwühlten die ganze Wohnung, raubten einen großen Geldbetrag und verschwanden. Kurz vorher hatten elf Räuber im Nachbardorfe Sudell einen schweren Raubüberfall ausgeführt. — Wegen des Gleiwitzer Millionenraubs, wobei am 12. Juni dieses Jahres Lohngelder des Gleiwitzer Borsigwerkes im Betrage von mehr als 1 Million Mark geraubt wurden, von denen nur etwa 200 000 M. wieder beschafft werden konnten, wurden zwei Angeklagte zu 10 und 4 Jahren Zuchthaus verurteilt, der dritte freigesprochen.

Wer verschickt Gewehre? Auf dem Dortmunder Hauptbahnhof steht ein Waggon mit 2000 neuen Infanteriegewehren zweifelhafter Herkunft. Die Waffen wurden beschlagnahmt. Bisher konnte nicht festgestellt werden, wer der Absender bzw. Empfänger der Waffen ist.

Ein Transport irrsinniger Zivilgefangener passierte Nürnberg. Es handelt sich um Oesterreicher, die fünf Jahre von den Engländern in Kanada interniert wurden. In einem D-Zugwagen saßen zirka 40 Oesterreicher, die von der deutschen Kriegsfürsorge in Rotterdam übernommen wurden, um sie nach Oesterreich zu bringen. Von diesen 40 waren 29 während ihrer Gefangenschaft geisteskrank geworden. In der Vorkriegszeit waren die Unglücklichen aus Oesterreich ausgewandert, um in Amerika ihr Glück zu probieren. Da kam der Krieg und sie wurden interniert. Ueber 5 Jahre saßen sie im Internierungslager, abgeschnitten von der neuen und alten Heimat. Von seelischen und körperlichen Qualen gepeinigt, verfiel langsam einer nach dem anderen dem Wahnsinn. So waren unter den Unglücklichen Vater und Sohn. Der Vater ist blind geworden und muß von seinem hochgradig schwindsüchtig gewordenen Sohn geführt werden. Acht von den Zivilinternierten wissen nicht mehr, wie sie heißen. Die Unglücklichen stehen fast durchweg im besten Mannesalter, zwischen 30 und 45 Jahren. Nun sind sie lebende Ruinen. Kommen in die alte Heimat zurück, wo sie niemanden kennen, krank an Leib und Seele. Während diese fern der Heimat weilenden Menschen in den Bannkreis des Völkerkrieges gezogen wurden und mit ihrem kostbarsten Gut die Frevel der Kriegstreiber zahlen müssen, laufen die wahren Schuldigen als „Patrioten" in der Heimat herum und erdreisten sich, dem Volke einzureden, daß es ihnen noch dankbar sein müsse.

Die verhinderte Ozeanreise. Aus Saint Nazaire konnte der Passagierdampfer Flandern nicht nach Kuba und Mexiko abfahren, weil, als schon die Passagiere an Bord waren, die Heizer Forderungen stellten und eine sofortige Lösung der Frage verlangten. Die Compagnie Générale Transatlantique machte Einigungsversuche, aber es kam nicht zu einem Ergebnis.

Wiener Kinder nach Island! Das isländische Ministerium hat auf Ersuchen der deutschösterreichischen Regierung einen Ausschuß gebildet, der die Unterbringung von hundert österreichischen Kindern vorbereiten soll. Auch eine Geldsammlung ist im Gange.

Engländerrisiko in Aegypten. Bei den letzten Unruhen wurde ein englischer Offizier auf der Straße erschossen. Der Mörder entkam, indem er um sich schoß und hierbei noch einen Soldaten verwundete. Das Blatt „Ikdam" meldet, daß die Ausländer die Schiffsagenturen stürmen, der Aufstand unausgesetzt wächst und eine drakonische Zensur die Nachrichten nicht hinausläßt.

Verhaftung eines Zarenmörders. In Warschau wurden mehrere Kommunisten verhaftet. Die Untersuchung ergab, daß einer der verhafteten russischen Bolschewisten an der Ermordung des russischen Zaren Nikolaus teilgenommen hat. Bei dem Verhafteten wurden Wäschestücke des Zaren mit dem kaiserlichen Monogramm und ein Tagebuch gefunden, in welchem Nikolaus Aufzeichnungen gemacht hat. Der Verhaftete erklärte, daß er an der Hinrichtung Nikolaus' teilgenommen habe.

Flugzeugabsturz. Ein Flugzeug unbekannter Nationalität ist bei Mülhausen in Böhmen abgestürzt. Die Insassen blieben tot auf dem Platze. Das Flugzeug war in der Richtung gegen Wien geflogen.

Verantw. für den redaktion. Teil: Artur Zickler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin. Lindenstr. 3.

„Feuerhand"

ie neueste und praktischste Karbidlampe mit Glocke 45 Mk.
Nach außerhalb mit Porto und Verpackung geg. Voreinsend. von 37 M.

Karbidlampe „Feuerhand"

Neueste Konstruktion!

Einfachste Reinigung, sparsamster Karbidverbrauch (Stunde 4 Pfennig). Ia Ausführung, prima Verzinnung.

— Rosten unmöglich! —

In wenigen Tagen Tausende verkauft!

Vorführung ununterbrochen von 9—6.

Besichtigung ohne Kaufzwang. Verkauf zu Fabrikpreisen.

Karbid stets am Lager.

Fabrikniederlage:

Franz Borowicz

Metallwaren

BERLIN SO 26, Waldemarstraße 27.

Amt Moritzplatz 4673, 4676.

— Nach Auswärts Preisliste gratis. —

Zähne 3 Mark! 5.— Mark

mit echtem Friedens-Kautschuk

schöne, natürliche Farbe bei 5 jähr. schriftlicher Garantie.

Zahnziehen mit örtlicher Betäubung nach bewährter Methode bei Bestellung von Gebissen gratis!

Spezialität: Zähne ohne Gaumen!

Echte Goldkronen von 30 Mark an.

Keine Luxuspreise.

Fachmännische Munduntersuchung und Rat kostenlos.

Zahnpraxis Hatvani
Danziger Straße 1

Ecke Schönhauser Allee, Eingang Danziger Straße.
Sprechstunden von 9—12, 3—7. Sonntags u. Feiertags 9—12.

In den letzten 2 Jahren über 2500 Gebisse zur vollsten Zufriedenheit geliefert.

Kriegsanleihe
kauft gegen Barzahlung
Deutsche Metallindustrie,
Potsdamer Str. 67.

Kunstkopierei Große Frankfurter Straße 67. 66R*

Wenn Sie den höchsten Preis für

Platin!

und alte Zahngebisse erzielen wollen, wenden Sie sich an die „Metalleinkaufs-Zentrale" Neanderstraße 15, oder rufen Sie Fernruf Moritzpl. 607 an.

Kuhla-Pianos

Verkauf im Fabrikmagazin
N 31, Wattstr. 17/18.

Krause-Pianos

Großes Lager in allen Holzarten

Berlin W 50, Ansbacher Str. 1.

Nervöse

Störungen u. Erregungszustände, Schlaflosigkeit, nervöse Magen- u. Herzbeschwerden. Reichels „Baldramont" (reiner Pflanzenauszug), ein ungemein beruhigendes, heilsam wirkendes Spezifikum, die natürliche Medizin 1 fl. Nerv. M. 6,— Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Amerik. Journale m. 8, 10, 12, 14 u. 16 Kolonnen
Hauptbücher — Kassabücher
Extra-Anfertigungen

Geschäftsbücher
Gebr. Scherk, Köpenicker Straße 108.

Amt Moritzplatz Nr. 3481, 3482, 3483.

Pianos

erstklassige neue und gebrauchte Flügel und Harmoniums.
en gros — Export.

MAX BECKER

Pianohaus Osten, Andreasstr. 47

Syphilisheilung durch ein neues Verfahren

von Sanitätsrat Dr. P. Bergmann-Berlin W.
Wichtige Neuerscheinung. — Die „Anglen. Mitteilg." des bekannten Biologen Medizinalrats Dr. Bachmann schreiben darüber wörtlich: „Das Buch von Dr. Bergmann sei der Aufmerksamkeit weitester Kreise wärmstens empfohlen." — Bezug gegen Einsendung von M. 2.50 (gebunden) oder Nachnahme durch

Medizin. Verlag Dr. Schweizer, Abt. 305, Berlin NW 87, Eyke v. Repkowplatz 4.

Verkäufe

Jackettanzüge, Ulster, nur prima Stoffe, Maßarbeit, verkauft preiswert Leihhaus Prinzenstraße 105. Sonntags geöffnet. *

Kreuzfüchse, Alaska-Blaufüchse, prima, von 90—825.— Gelegenheit in Skunks, Marder, Herren-Gehpelzen, Sportpelzen, Wagenpelzen. — Großer Posten Herrenanzüge, Paletots, von 85—250.— hochelegant. Gelegenheit in Damenkostümen, Plüschmänteln, Astrachanmänteln. — Ferner im Lombard verfallene Uhren, Ringe, Brillanten, silberne Taschen, unter Taxpreisen im Leihhaus Moritzplatz 58 a. 117R*

Leihhaus Rosenthalertor, Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße, nur 1 Treppe, kaufen Sie allerbilligst Pelzkragen, Muffen, Skunks, Kreuzfüchse, Alaska, Kreuzfüchse und alle anderen Pelzarten, Taschenuhren, Brillanten, Silbertaschen, Alpakatoschen, Herrengarderobe. 125R*

Bettwäsche billig! Kein Papiergewebe! Volle Größe! Oberbett 40,— Mark, Kissen 15,50 Mark, Laken 25,— Mark. Verkauf nur bis 30. 11. Wäschefabrik, Grünstr. 38. 1719D*

Gardinenverkauf, Fenster 25 Mark, Bettdecken, Storesverkauf, Madrasgardinen, Plüschtischdecken, Diwandecken, Bettwäsche, Bettenverkauf, Gelegenheitskauf, Schmucksachen. Für Wiederverkäufer günstige Gelegenheit. Leihhaus Admiralstr. 4, eine Treppe. 141R*

Anzüge, Ulster, Taschenuhren, Kostümröcke, Militäranzug, Militärmantel, 10 Schnürschuhe, Unterhosen, Leibwärmer, Damenkostüm Opernglässer, Verschiedenes billig. Friseurgeschäft Neuchlinstr. 6, Moabit. 127R*

Eiserne Oefen, Rohre und Kuxe, gebrauchte Schlittschuhe in allen Größen, 4 Stuhlschlitten, gebrauchte Fenster in vielen Größen verkauft billigst Karl Fandeck, Berlin-Pankow, Berlinerstraße 109. 34/20*

Posten Stoffe verkauft, Anzug 110, Kostüm 125. Schönhauser Allee 138a (Bilderladen). 80/18*

Achtung! Mäntel, Röcke, Blusen, einzelne Stücke, enorm billig. Strehlow, Treskowstraße 21. †158*

Herrenanzüge, Burschenanzüge, Winterpaletots, Ulster, Hosen, Damenkostüme, Damenulster, Damenröcke, Blusen, Pelzsachen. Neukölln, Berlinerstraße 41 I. 1694D*

Gardinen, 3 Fenster, 48 Mark, Bettdecken, Stores verkauft billig. Kußling, Kopenhagenerstraße 1, vorn (Bahnhof Schönhauserallee). 80/17

Herrenanzug 44, 280 Mark, und zwei Deckenstoffmäntel 46, je 100 Mark, verkauft von 4—6 Uhr Knipp, Schulstraße 55, vorn III. †144

Ulster verkaufe billigst privat. Bariskus, Wilhelm-Stolzestraße 29 I. †98

Neuer Anzug, Größe 48, 1 photographischer Apparat, Kodium 6×9, 1 Paar neue Militärreitstiefel, Größe 39, verkauft nur an Private von 4 Uhr abends ab Steinhöfel, SW. 29, Arndtstr. 7 II.

Möbel

Chaiselongues 90,—, Doppelbetten, Metallbetten, Küchen, Ankleideschränke. Weiß, Auguststraße 23 A. Quergeb.

Möbelkredit an jedermann. Kleinste Anzahlung, bequemste Abzahlung, größte Rücksicht. Einzelne Möbelstücke gebe bereitwilligst ab. Kriegsanleihe nehme in Zahlung. Bei Barzahlung bedeutende Preisermäßigung. Liefere auch nach auswärts. Landwehr, Müllerstraße 7, eine Treppe. 80R*

Trotz Teuerung Kleiderschränke, Vertikos Mark 165 bis 370, Bettstellen 158—288, Angebote billig [illegible] Stoffsofas alle Preislagen. 180 farbige Kücheneinrichtungen lieferfertig. Stubeneinrichtung mit Küche nur 1365.—. Stets Gelegenheitskäufe. Eigene Gespanne, auch außerhalb. Höllner Möbelhäuser Veteranenstraße 11-13 (verlängerte Invalidenstraße).

Möbelhaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße, liefert billig gegen bar und bequeme Teilzahlung bürgerliche Wohnungseinrichtung. Wohnzimmer, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Küchen, einzelne Möbelstücke, große Auswahl.

Ausstellung modernster Küchen, farbig und lackiert, in allen Preislagen! Besichtigung erwünscht! „Berliner Möbelhaus" M. Hirschowitz, nur Südosten, Skalitzerstr. 95, Hochbahn Kottbusertor. *

Moderne Schlafzimmer, Speisezimmer, Küche, Ankleideschrank, Verschiedenes einzeln. Umbausofa, Chaiselongue, Bettstelle, einzelnes Büfett, Schreibtisch, Waschtoilette, Trumeau, Teppiche, Federbetten verkauft Teik, Köpenickerstr. 164, 4. Etage. Verkauf an Privatleute. Händler verbeten. 1288

Tatsächlich verkaufe Stuben- und Kücheneinrichtung, alles neu, für 1829,—. Möbelschak, Brunnenstraße 180 (Eingang Anklamerstraße). *

Möbelgelegenheit. Kaufhaus Brunnenstraße 33 verkauft zu selten billigen Preisen Schlafzimmer, echt eiche, mit großem Ankleideschrank, Nachttische mit Apothekenschrank, Nußbaum mit Kristallspiegel, komplett nur 2850,—. Speisezimmer, eiche, großes Büfett, Umbauschrank mit schwerer Schnitzerei und Verglasung, elegante Anrichte, modernes Büfett, oben rund, aparte Anrichte, gediegene Ausführung, komplett mit 6 echten Lederstühlen nur 2700,—.

Garderobenschränke, zwei, Bettstellen, Friseurtische, Sofa, großer Trumeau, Tisch billig. Gitschinerstr. 50/51, Geschäftskeller. 424b

Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Bibliothek, Schönberg, Feurigstraße 63. 142R

Musikinstrumente

Bleckling-Pianos, neue, gute gespielte, wohlfeile Gelegenheiten, Kottbuserstr. 5. 75R*

Pianos, Stutzflügel, Harmoniums jeder Holz- und Stilart, Kunstspielapparate, Notenrollen. Gebrauchte Instrumente in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, unter voller Garantie. Verkauf nur gegen Kasse, daher billigste Preisberechnung. Annahme von Aufarbeitungen, Reparaturen und Stimmungen. Max Adam, Münzstraße 16. *

Pianos, besonders billige Gelegenheiten, gute, gebrauchte, prächtige, neue. Pianohaus Max Becker, Andreasstraße 47. 63R*

Gelegenheitskäufe großer Posten Einzelmuster in Sprechmaschinen, Mandolinen, Lauten, Gitarren und Violinen aus erster Hand ohne Zwischenhandel durch direkten Vertrieb der Arbeiter-Erzeugnisse des Erzgebirges und eigener Fabrikation. Schulz u. Gundlach, Münzstraße 13, am Alexanderplatz. 144R*

Kaufgesuche

Platinabfälle! Quecksilber! Silber! kauft in unseren drei Einkaufsstellen „Metallschmelze Cohn" 1. Brunnenstraße nur Nr. 11 (am Rosenthaler Platz), 2. Bahnhofstraße 2 (Ecke Schönbergerstraße, am Anhalter Bahnhof), 3. Neukölln, Kaiser-Friedrichstraße 229 (nahe Hermannplatz). *

Altmetalle, Eisen, Kupfer, Elektrolith kauft Schönberger, Blumenstraße 100. Alexander 1729. 141R*

Kupferabfälle! Quecksilber! Messing! Zinn! Nickel! Zink! Blei! Aluminium! Stanniol! Zahngebisse! Platin! Bruchgold! Silberbruch! höchstzahlend! Metallschmelze Boldes, Weidenweg 72, Hof, am Baltenplatz. 131R*

Elektromotoren, Glühlampen, Leitungen kauft Roberett, Frankfurterallee 158. *

Autozubehör, speziell Vergaser, Magnete, Zündkerzen, Scheinwerfer, Entwickler, Hupen, kauft Selbstverbraucher Schrader, Reinickendorferstraße 118. 115R*

Platin, Gramm bis 165,—, Brennstifte, Platinkontakte, Gold, Silber, Silbergeschirr, Quecksilber, Zahngebisse kaufen höchstzahlend Friedländer u. Co., Kommandantenstraße 29 I. 1392*

Edelmetalle, Quecksilber, sämtliche Metallabfälle kauft Metall-Einkaufszentrale, Kottbuserdamm 66. Moritzplatz 135 80. *

Leitungsdrähte, Kabel, Litzen, Anker-, Spulendraht, Wachsdraht kauft höchstzahlend Elektrobureau Oranienstraße 100. Moritzplatz 4016.

Platin-, Gold- und Silberabfälle, Quecksilber, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, salpetersaures Silber, deren Rückstände und Gekrätze usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Brod, Berlin, Köpenickerstraße 29. Telephon: Moritzplatz 3476. Eigene Schmelze, direkte Verwertung.

Platin, Brillanten, Gold und Silber, alte Zahngebisse, Abfälle, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, unmodern gewordenen Schmuck, Tafelaufsätze sowie Gekrätze kauft zu höchsten Tagespreisen Goldschmelze Kokoski, Berlin, Brunnenstraße 168. Telephon: Humboldt 3480. Eigene Schmelze, Selbstverbraucher. *

Platin, Quecksilber, Messingabfälle! Kupferabfälle! Zinnabfälle! Aluminiumabfall! Stanniolpapier! Bleiabfälle! Zinkabfälle! Zahngebisse! Bruchgold! Silberbruch! höchstzahlend! Fabrikpreise! „Metallschmelze Baruch", Feunstraße 48 (Telephon Moabit 2846) und Beusselstraße 29. 116R*

Altmetalle, Quecksilber zu höchsten Tagespreisen kauft jeden Posten. Metallschmelze Invalidenstraße 142. Norden 2640. 70R

Kupferdraht, besponnenen, bis 0,5 Millimeter, jedes Quantum kauft laufend Curt Müller, Metallwarenfabrik, Hollmannstraße 32. 141R

Säcke aller Art sowie Sacklumpen kauft Kern, Zehdenickerstraße 20, vorn II. *

Kupferabfälle! Quecksilber! Messing! Zinn! Nickel! Zink! Blei! Aluminium! Stanniol! Zahngebisse! Platin! Bruchgold! Silberbruch! Keiten! Ringe! kauft zu höchsten Schmelzpreisen in unseren 3 Einkaufsstellen „Metallschmelze Cohn", 1. Brunnenstraße nur Nr. 11 (am Rosenthaler Platz), 2. Bahnhofstraße 2 (Ecke Schönbergerstraße, am Anhalter Bahnhof), 3. Neukölln, Kaiser-Friedrichstraße 229 (nahe Hermannplatz). 1349*

Metalle! Bedeutende Preissteigerung! Platin! Zahngebisse, Zahn bis 25,—! Goldabfälle! Silberabfälle! Münzen! Salpetersaures Silber! Quecksilber! Glühstrumpfasche! Stanniolpapier! Kupfer! Rotguß! Messing! Aluminium! Nickel! Zinn! Zink! Blei! Höchstzahlend Schmelzerei Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31, Alexander 4348. 78R*

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft Peters, Prenzlauerstraße 24. *

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft Mädus, Waldstraße 3. *

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft G. Ermel, Gubenerstraße 20. *

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft Degener, Bahnstr. 46. Schöneberg. *

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft Harke, Skalitzerstraße 95 A, Ecke Lausitzer Platz. *

Spiralbohrer, Schreibmaschinen, Werkzeuge aller Art kauft Pefenecker, Neue Königstraße 88. 135R*

Kupferleitungen, Eisen kauft höchstzahlend Seebel, Brückenstraße 13, 3 Treppen. 136R*

Damenabgesuch, Herrenabgesuch, Motorradgesuch, Preisangabe, Kämmerei, Frankfurterstraße 14. 1309*

Spiralbohrer, neue, kauft Wagenbau, Bausallstraße 68. *

Zahngebisse, Platin, Gold, Silber, Edelsteine, Schmucksachen kauft Edelmetallschmelze Blumenstraße 88. *

Leim, Lacke, Schellack kaufen Gebrüder Borowski, Gneisenaustraße 8. Rollendorf 2878. 120/2*

Kaninfelle, Katzenfelle, Ziegenfelle, Schaffelle und andere Felle kauft laufend zu hohen Preisen Pelzwarenfabrik Alexanderstr. 34, Hof I. Stock. *

Spiralbohrer kauft laufend jeden Posten für beinenden Bedarf zu allerhöchsten Preisen Friedrich Morgenstern, Lichtenberg, Weichselstr. 18. *

Teppich, guterhalten, kauft Sonner, Elsasserstraße 76. Telephon Norden 55. Größe und Preisangabe erbeten. *

Schellack, Leim, Paraffin, Ceresin, Bleiweiß, Deckweiß, Zinkweiß kauft Alfred Hoffmann, technische Rohstoffe, Berlin S. 42. Luisenufer 22. Moritzplatz 1062 und 121 44. *

Spiralbohrer kauft Bethke, Nazarethkirchstraße 33. †153.

Metallabfälle kauft jeden Posten. Hefter, [illegible]enberg, Pfarrstraße 45, Wörtelstraße 34. †107

Unterricht

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swienty, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV.

Heinrich Maurers Privat-Zuschneideschule, Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurse Herren-, Damenschneiderei, Wäsche. Buchkurse, Schnittzeichnen, Zuschneiden, Unterrichtsausstellung, Schnittmuster. Lehrplan kostenlos. Fernsprecher: Alexanderplatz 368. 84T

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Blusenarbeiterinnen für bessere Waschblusen verlangen mit Probearbeit Tuch u. Eitzensberg, Mohrenstr. 29/30.

Schreiber mit guter Handschrift und leichter Auffassungsgabe, der sich in allen Zweigen des modernen Bureaubetriebes gründlich ausbilden will, bei hoher und steigender Vergütung für sofort gesucht. Ausnahmsweise selbstgeschriebene Angebote an A. Ehrenreich u. Cie., Berlin-Wilmersdorf, Nassauischestraße 2. †130

Blusen-Arbeiterinnen, immer Lohn. Dauerstellung. Schneider, Saarbrückerstraße 12, II. 1716D*

Näherinnen für feine Waschblusen in und außerm Hause sucht William Levinson, Kaiser-Wilhelmstraße 34. *

Lehrfräulein mit guter Handschrift und leichter Auffassungsgabe, das sich in allen Zweigen des modernen Bureaubetriebes gründlich ausbilden will, bei hoher und steigender Vergütung für sofort gesucht. Ausnahmsweise schriftliche Angebote an A. Ehrenreich u. Co., Berlin-Wilmersdorf, Nassauischestraße 2. †130

Anfängerin für Kontor gesucht. Meldungen nur schriftlich. Hoffmann, Kirchner G. m. b. H., Ritterstraße 45. 47b

Wasch- und Reinemachfrauen, Aufwärterinnen, Aushilfsmädchen, Ausbesserinnen, ausempfohlen, im Arbeitsnachweis der Stadt Berlin Abteilung für Hauspersonal, Eichhornstraße 1, Belle-Alliancplatz 5, Dormannstraße 13, [illegible], Koppenstraße 1, nachmittags 4—7. *

Weibliches Hauspersonal findet nach Wunsch kostenlos geeignete Stellung nach persönlich geregelten Arbeitsbedingungen durch Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, Abteilung für Hauspersonal, Eichhornstraße 1 (nahe Potsdamer Platz), Belle-Alliance-Platz 5, Baultstraße 1 (am Kriminalgericht), Koppenstraße 1 (Breslauer Platz), Dormannstraße 13. Meldung mit Papieren nachmittags 4 bis 7 Uhr. 1238